

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Fritz Arnold.  
Druck u. Verlag: Auer-Druck  
u. Verlagsanstalt m. b. H.  
Auer, Erzgebirge, Riesaer  
Kamp 10. Auergebirge.  
Vertriebs- u. Anzeiger-Abt. Nr. 22

Bezugspreis: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 5.40 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 16.20 Mark, monatlich 5.40 Mark. Erhöht sich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsenträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltensprezisse oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg., Nebengespaltensprezisse 2.— Mark. Bei größeren Abzählungen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis Sonntag 9 1/2 Uhr vorm. Für Später im Ganzen nicht gelehrt werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch den Preisdruck erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 220.

Dienstag, den 20. September 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die Nachricht, daß England und Frankreich in der Frage der Aufhebung der Sanktionen sich geeinigt hätten, ist unzutreffend. In dieser Erklärung von zuständigen Stellen ist noch hinzuzufügen, daß die vorübergehende Zustimmung Deutschlands zu den französischen Forderungen von Frankreich aufgestellt wird.

Das Volksgericht in München hat den Landtagsabgeordneten Fischer, Nürnberg, der in einer Verammlung der Unabhängigen die angeblich bevorstehende Ausrufung der Republik Franken angekündigt hatte, auf Grund des Hochverratsparagrafen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das französische Garantiekomitee bezog sich im Laufe dieser Woche nach Berlin. Es rechnet darauf, bei seinem jetzigen Aufenthalt in Berlin die verschiedenen Probleme zu lösen, die durch die Anwendung des Haftungsstatutes entstanden sind.

Der zurückgetretene Ministerpräsident Dr. von Sahr hat der bairischen Volkspartei mitgeteilt, er könne das Anerbieten dieser Partei, sich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen, nicht annehmen.

## Ein verschachertes Land.

Am 19. In den letzten Tagen ist auf der Völkervereinigung in Genf ein neuer Vorschlag zur Lösung des so genannten Memelkonfliktes zwischen Polen und Litauen ins Tageslicht gekommen, der zugleich das Schicksal des Memelgebietes entscheiden soll. Wilna soll litauisch bleiben. Ja sogar die Hauptstadt des künftigen Litauens werden. Allerdings zugleich einen Kanton bilden. Darin soll zwischen Polen und Litauen der denkbar engste politische, wirtschaftliche, ja sogar militärische Zusammenschluß erfolgen, eine Arbeitsgemeinschaft, die letzten Endes natürlich auf die Hegemonie Polens hinauslaufen muß. Unter anderem ist ein gemeinsamer Rat für auswärtige Angelegenheiten, für gemeinsame Vorbereitungen für den Kriegsfall, ist freie Durchfuhr für polnische Waren durch Litauen vorgesehene und schließlich und endlich wird in der Konvention, für die der belgische Diplomat verantwortlich zeichnet, hinter der aber zweifellos niemand anders steht als Frankreich, den Polen der Zutritt zum Meer gewährleistet. Dieser Zutritt kann und soll natürlich nur an einer Stelle geschehen, in Memel. Und so wird in dem polnisch-litauischen Abkommen auch das Memelland verschachert. Und 180 000 Deutsche oder deutschdenkende Litauer werden, um ein Wort Wilsons zu gebrauchen, herumgeschoben wie die Figuren auf dem Schachbrett. Stadt und Land Memel sollen nach dem Vorschlag litauischer Staatsoberhoheit unterstellt werden, Polen aber soll die freie Benutzung des Hafens für jede Art von Transporten, auch für Transporte von Munition und Kriegsmaterial erhalten.

Das nun gerade ist es, wogegen sich die ganze memelländische Bevölkerung, die litauischen Landbewohner mit eingeschlossen und an erster Stelle jetzt Jahr und Tag mit Händen und Füßen wehren. Es hat schon einmal eine Art Probeabstimmung stattgefunden. Schon im Frühjahr 1919 haben Protestresolutionen gegen die Angehörigkeit des Landes an Litauen die Unterschrift von mehr als 95 Prozent der Gesamtbevölkerung gefunden. Das ganze Land will deutsch bleiben. Auch den litauischen sprechenden Bevölkerungsteil trennt von den Stammsprachgenossen jenseits der alten Grenze, die er nicht litauer, sondern Sammler (Wiederungsbewohner) nennt, eine unüberbrückbare Kluft, vor allen Dingen der Kultur und der Religion. Und diejenigen Memeler, die da meinen, die Wiedervereinigung mit Deutschland sei in naher Zeit ausgeschlossen, verlangen zum mindesten die Aufrichtung und Erhaltung eines selbständigen Freistaates Memel. Einmütig ist man im Memelland aber in der Forderung, daß über die zukünftige Schicksalsgestaltung des Landes nicht entschieden wird, ohne daß das Volk selbst befragt wird. Den Vertretern Memels gegenüber ist nicht nur von dem Oberkommissar, sondern auch von den Partier zuständigen Stellen die Berechtigung dieser Forderung wiederholt anerkannt worden. Trotzdem wird in Genf verhandelt zwischen Engländern, Franzosen, Italienern, Japanern, Chinesen und Brasilianern auf der einen, Polen und Litauern auf der anderen Seite. Auf den Willen der Memeler aber pfeift der sogenannte Völkerverein, pfeift die ganze Welt! In Memel hat die drohende Entscheidung einen Sturm zu schillernden Sturm der Erregung hervorgerufen. Trotz der französischen Besatzung und Verwaltung erhebt die Memeler Presse klammernden Protest. Das ganze deutsche Volk macht sich diesen Protest zu eigen. In Memel wie in Deutschland wird der Schacher, der mit dem Memelland getrieben wird, die Entscheidung, die aller Voraussicht nach dem Vorschlag Dymans entsprechen wird, niemals als Recht anerkannt werden.

## Koalitionsbereitschaft der Sozialdemokratie.

Eine Entschlieung in Götting.

Dem sozialdemokratischen Parteitag ist eine Resolution des Parteivorstandes der Kontrollkommission und des Parteiausschusses über die Teilnahme der Partei an der Koalitionsregierung zugegangen, worin es heißt: Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bildet. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis dies erreicht ist, sondern muß versuchen, auch schon vorher zur Sicherung der Republik und der demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Waagschale zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näherzukommen. Das ist jetzt um so mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes eine Anspannung aller Kräfte erfordert.

Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reich und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik  
Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes im Reich, im Staat und in den Gemeinden.

Demokratisierung der Verwaltung,  
Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane.

Sicherung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung.

Politik der Verständigung,  
Loyale Ausführung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Volkes.

Im übrigen soll es dem Parteivorstand überlassen bleiben, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung zu entscheiden.

Der Parteitag wählte gestern auf Vorschlag Mollenhuths einstimmig eine 24gliedrige Kommission zur Prüfung des Parteiprogrammes, die sich sofort konstituierte.

## Strefemann für die Politik der Mitte.

Ein Kabinett auf breiter Grundlage.

Auf dem nach Lüdenscheid einberufenen Parteitag der Deutschen Volkspartei Westfalen-Süd hielt Dr. Strefemann eine sehr beachtenswerte Rede. Er wandte sich scharf gegen die parteipolitische Ausnutzung der Ermordung Erzbergers durch den ersten Beamten des Reiches. Dieser habe als Leiter der Reichsgeschäfte alles getan, um die Leidenschaften aufzuküpfeln. Den Ausnahmezustand bezeichnete der Parteiführer als ein Mittel, dessen man in diesen Zeiten nicht entzagen könne. Heute könne allein eine Politik der Mitte zu einem Erfolg führen. Nach der Annahme des Ultimatus müsse jedermann an der Erfüllung der Forderungen mitarbeiten. Auch die Deutsche Volkspartei werde stets in diesem Sinne wirken. Das Ausland müsse das Vertrauen haben, daß politisch konsolidierte Verhältnisse in Deutschland herrschen. Heute sei ein Kabinett auf breiter Grundlage und nicht ein Minderheitskabinett notwendig. Auch für die Aktion der Wirtschaft sei dies die Voraussetzung.

## Die deutsche Großschiffahrt.

W. W. Auf Grund des Verfallens der Verträge hat Deutschland fast seine gesamte Handelsflotte ausliefern müssen. Es blieben uns nur die Küstendampfer mit denen wir nicht einmal die Erzeinfuhr aus Schweden und Spanien bewältigen konnten. Um nicht ganz aus der Hochseeschiffahrt ausgeschlossen zu werden, knüpften die deutschen Großreedereien Hapag und Lloyd mit nordamerikanischen Schiffahrtsgesellschaften Verbindungen an. Hapag mit der Darriman-Gruppe, der Lloyd mit der United States Mail Steamship Co. Diese ist vor einiger Zeit zusammengebrochen — eine Folge des reichhausartigen Anwachsens der Handelsflotte der Vereinigten Staaten nach dem Kriege. Indessen werden dem Lloyd daraus keine Schmierpfoten entstehen. Dies umso weniger, als ja für Hapag und Lloyd die Verträge mit den nordamerikanischen Gruppen nur Behelfe für den Uebergang waren. Hapag wie Lloyd arbeiten seit Jahr und Tag an der Schaffung einer eigenen Handelsflotte. Schon im Frühjahr 1922 will der Lloyd den Nordamerikadiens mit drei Dampfern zu je 12 000 Tonnen wieder aufnehmen. Auch der Südamerikadiens soll wieder eingerichtet werden, wozu dann der Dienst

nach Ostafrika kommt. Für Deutschland ist aber für absehbare Zeit das Frachtgeschäft wichtiger als das Passagiergeschäft. Da die großen deutschen Reedereien wieder von vorn anfangen müssen, haben sie Gelegenheit, sich nachbarlich zu verständigen. Es darf keinen schädlichen Wettbewerb mehr geben, da alles darauf ankommt, zunächst einmal von der fremden Flagge unabhängig zu werden. Deutschland hat zwar die Handelsflotte eingebüßt, nicht aber den Willen zur Schiffahrt, nicht die seemannische Erfahrung und vor allem nicht die technische Überlegenheit seiner Werften. Wenn diese auch mit dem Bau von Handelschiffen für den Verband belastet sind, so bleibt doch Spielraum, die neue deutsche Flotte mit allen schiffbautechnischen Erfahrungen und Errungenschaften wieder aufzurichten. Daß Hapag und Lloyd sich innen und außen stark zu machen suchen, ist durch die wirtschaftlichen Verhältnisse ebenso bedingt wie durch die Größe ihrer Aufgabe. So hat der Lloyd die Schiffrederlei Horn in Lübeck erworben, die noch über einige Schiffe verfügt, die vor dem Kriege einen Adria-Dienst unterhielten.

## Vortrag Oberbürgermeisters Dr. Külz.

dg. Gartenfeld, 19. September.

Die Ortsgruppe Gartenfeld der Deutschen Demokratischen Partei hatte für letzten Sonntagabend zu einer öffentlichen Versammlung nach dem Weißen Hof eingeladen, in der der Führer der sächsischen Demokraten Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Dr. Külz-Ritau sprach. Die Versammlung war sehr gut besucht. Auch aus der näheren und weiteren Umgebung (bis nach Aue hin) waren Freunde der deutschdemokratischen Sache nach Gartenfeld geeilt, um Dr. Külz zu hören. Dieser ging von einem Wort Friedrich Naumanns aus, dem großen Vorkämpfer einer deutschen Demokratie: Politik ist nationale Arbeit von der das Leben oder Sterben eines Volkes abhängt. Politik sei Wahrheit und Klarheit. Eine schmerzvolle Wahrheit müsse an die Spitze aller Betrachtungen gestellt werden, die nämlich, daß Krieg und Revolution für uns noch nicht zu Ende seien. Wir leben in einer politischen Hochspannung, die sich nach außen und im Innern auswirkt. Wir leben unter einer tiefen Krankheit weiter Kreise des deutschen Volkes. Auf der einen Seite herrsche eine kommunistische Hege, auf der anderen eine nationalistische. Ich habe mich, so führte Dr. Külz aus, als alter deutscher Feldzugsanzugier geschämt, daß es in Deutschland Leute gibt, die sich über die Mordtat an Erzberger freuen. Der politische Radikalismus sei ein schweres Uebel für unser Volk. Die Streitigkeiten zwischen Bayern und dem Deutschen Reich sei überaus bedauerlich. Eine demokratische Regierung greife ungern zu Ausnahmemaßnahmen. Eine Demokratie kann aber nicht willenlos zusehen, wie ihre Lebensgrundlagen systematisch untergraben werden. Es müsse der Grundgedanke der Freiheit des Lebens des Volkes und Staates bestehen. Und irgendwelche Ausnahmebestimmungen müssen sich nach rechts und links wenden. Die Demokratie sei freilich auch nicht dazu da, daß sie bei jeder Gelegenheit auf die Gasse gehe. Die Regierung sei die notwendige Trägerin des Volkswillens. Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben, wie sie noch kein Volk der Erde zu leisten hatte. Einig sei man darin, daß wir die Fesseln los werden müssen, die uns drücken. Nur über die Art, wie das geschehen könne, sei man verschiedener Meinung. Es ist der Meinung, daß man nur in langsamer, zäher Arbeit den Boden bereiten könne für wahre Freiheit, für Recht und Gerechtigkeit, für Ausgleichung und Beröhnung. Die Rückstufung auf das deutsche Volk verlange, daß wir den Blick vorwärts richten. Hoch über der Monarchie stehe uns das Wohl für Volk und Vaterland. Der deutsche Gedanke und der nationale Gedanke sei von jeher in seiner reifsten Form aufgetreten mit dem demokratischen Gedanken. Das habe die Zeit nach dem Zusammenbruch 1806 gezeigt: Erst habe Freiherr von Stein mit seinen demokratischen Gedanken befruchtend gewirkt, dann erst die Reaktion gekommen. Das habe 1848 gezeigt, wo aus dem Volke der deutsche Einheitsgedanke gekommen sei, der aber verworfen wurde durch den Gedanken vom Gottesgnadentum der Fürsten. Und Bismarck habe dem demokratischen Gedanken zum Siege verholfen durch Schaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. 1914 habe uns beim Auszug zum Krieg alle der Gedanke getragen, als eines Volkes Glieder die Heimat zu schützen. Und es zeigte sich mehr und mehr, daß eine schwere Sünde gegen den demokratischen Geist begangen worden war: vor dem Feinde sollten wir alle gleich sein, aber in den politischen und wirtschaftlichen Rechten waren wir alle ungleich. Und was hat uns 1918 vor dem Aufruhrer bewahrt? Nicht der monarchische Gedanke, sondern nur der demokratische Geist. Der wahre nationale Gedanke ist immer verbunden gewesen mit dem demokratischen Gedanken. So wird's auch bleiben. Wir reden viel vom Einheitsstaat, aber viel notwendiger sei es, zu erreichen, daß wir ein Einheitsvolk werden. Erst müßten wir Deutsche sein, dann Arbeiter, dann Anwalter, dann Beamter. Unter einer Führung von Klassenpartei kann sich das deutsche Volk nicht als Einheitsvolk fühlen. Unter der Führung von rechts, unter der Führung von Parteien, deren Einseitigkeit in der Ver-